

Hannover, den 19. November 2012

Kleine Anfrage zur mündlichen Beantwortung

Abgeordnete Elke Twesten (Bündnis 90/Die Grünen)

Brüssel will die Frauenquote in Aufsichtsräten: Was macht Frauenministerin Aygül Özkan jetzt?

Die EU-Kommission hat Mitte November den Vorschlag der EU-Kommissarin Viviane Reding beschlossen, bis 2020 europaweit eine fixe Frauenquote in börsennotierten Unternehmen von 40 Prozent einzuführen. Davon betroffen wären rund 5.000 Firmen. Lange hat die Kommissarin für die Quote gekämpft und hat auf ihrem Weg ursprüngliche Forderungen gegen Kompromisse eingetauscht: So ist in dem aktuellen Vorschlag nicht länger eine Quote für die Vorstände enthalten (dort, wo die unternehmerischen Entscheidungen getroffen werden, sitzen laut SZ vom 14.11.2012 in den 200 größten deutschen Unternehmen gerade einmal drei Frauen) und es wird auch keine Sanktionen geben, die Unternehmen betreffen, die die Quote nicht erfüllen. Neben Deutschland lehnen neun weitere Länder den Entwurf ab. Führende Politiker der CDU und FDP auf Bundes- und Landesebene haben sich immer wieder gegen eine gesetzliche und für eine freiwillige Quote ausgesprochen. So sagte Wirtschaftsminister Bode in einer Debatte am 18. August 2010: „Wir setzen auf freiwillige Vereinbarungen [...] Wir sind der festen Überzeugung, dass diese Maßnahmen den Frauenanteil in Führungspositionen nachhaltig erhöhen werden.“ Die Frauenministerin Aygül Özkan meinte gegenüber der *Braunschweiger Zeitung* (Ausgabe 7.11.2012), dass Frauen auch ohne gesetzliche Quote häufiger in Führungspositionen gelangen könnten. Tatsächlich haben 2001 die Bundesregierung und die Arbeitgeberverbände eine freiwillige Selbstverpflichtung zur „Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft“ beschlossen. Wie viele anderen Studien und Statistiken so zeigt auch die Hans-Böckler-Stiftung in ihrer Untersuchung auf, dass die „Chancen für Frauen, eine Spitzenposition in der Privatwirtschaft zu besetzen, [...] sich danach nur marginal verbessert“ haben. Aktuell beträgt die Frauenquote in deutschen Aufsichtsräten gerade einmal 15,6 Prozent. Im Mai 2010 hat die Regierungskommission Deutscher Corporate Governance-Kodex „eine angemessene Beteiligung von Frauen“ im Vorstand und Aufsichtsrat aufgenommen, während andere Länder in der EU eine Geschlechterquote schon längst gesetzlich verankert hatten. Für die CDU im niedersächsischen Landtag hatte Gisela Konrath 2010 in Aussicht gestellt: „Wenn gar nichts hilft - aber ich gehe fest davon aus, dass es helfen wird -, dann können wir ab 2012 noch einmal sehr ernsthaft über die Quote diskutieren.“ (Debatte Plenum 18.8.2010)

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, um den Gesetzentwurf der EU, wonach eine Frauenquote von 40 Prozent in Aufsichtsräten europaweit bis 2020 erreicht sein wird, zu unterstützen?
2. Wie hoch war der Frauenanteil in Aufsichtsräten und Vorständen in börsennotierten Unternehmen in Niedersachsen in 2001, 2010, 2011 und 2012?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Entwicklung des Frauenanteils mit Blick auf die jetzige EU-Vorgabe in den Aufsichtsräten und Vorständen der in Niedersachsen börsennotierten Unternehmen zwischen 2001, dem Jahr der freiwilligen Selbstverpflichtung, und heute?

Elke Twesten